

Minijobs abschaffen – Mehr reguläre Beschäftigung ermöglichen

Bürgerschaftssitzung | 27. Juni 2018

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

die Fraktion die Linke hat uns mit diesem Thema den Anstoß zu einer wichtigen Debatte gegeben. Wir haben hier alle gemeinsam zu Recht erkannt:

Es gibt im Sektor Minijobs **dringend Reformbedarf**. Reformbedarf ja, **aber nicht so wie es die Linke hier vorschlägt!** Unsere Lösungsansätze sind hier aber schlichtweg gegensätzlich. Wir Liberalen sind weder für die Beibehaltung des Status quo noch für eine vollständige Abschaffung der Minijobs. Wir wollen Mini-Jobs **auf Dauer attraktiv** halten.

Deshalb setzen wir uns bereits auf Bundesebene dafür ein, die derzeitige Minijob-Grenze von 450€ anzuheben. Und zwar, basierend auf dem gesetzlichen Mindestlohn, durch Erhöhung der Stundenzahl auf 60 Stunden. Das wären heute 530,40€ und unter Berücksichtigung des sich erhöhenden Mindestlohns 561€. Minijobs ermöglichen auf unbürokratische Weise ein Zusatzeinkommen.

Gleichzeitig müssen jedoch auch mehr sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen werden, damit Minijobs eben wirklich dem Dazuverdienst dienen. Unsere **Argumente die für ein Beibehalten der Minijobs sprechen**, sind: Minijobs erhöhen die **Flexibilität** des betrieblichen Personaleinsatzes und Wirken der Verbreitung von **Schwarzarbeit** entgegen. Der flexible Personaleinsatz kann gerade für kleine Familienunternehmen einen oft zeitlich begrenzten Bedarf mittels Minijobs und Leiharbeitern decken. Es gibt zudem Generationen von Studierenden, die sich ihr Studium mit Kellnern oder im Handel finanziert haben. Und: Weil sie Menschen aller Altersgruppen in unterschiedlichen Lebenssituationen die Möglichkeit bieten, sich **unkompliziert** etwas hinzuzuverdienen; Wir sind daher gegen eine vollständige Abschaffung der Minijobs.

Deshalb können wir weder dem Antrag der Linken noch dem Überweisungsbegehren zustimmen.

Vielen Dank!